

Der Altersübergang im Wandel

Renate Büttner

Institut Arbeit und Technik, Gelsenkirchen

Um die Herausforderungen des demographischen Wandels bewältigen zu können, benötigen gesellschaftliche und betriebliche Akteure ein repräsentatives und möglichst zeitnahes Berichtssystem über aktuelle und erwartbare Muster des Altersübergangs. Zu diesem Zweck hat das Institut Arbeit und Technik im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung ein „Altersübergangs-Monitoring“ entwickelt, in dessen Rahmen Ergebnisse unterschiedlicher Datenquellen – von denen hier der Mikrozensus, die Statistik der Bundesagentur für Arbeit und des Statistischen Bundesamtes sowie Daten der Rentenversicherer einfließen – erstmals in diesem Kontext aufeinander bezogen wurden. Unsere Querschnittsanalysen von Individualdaten für die Alterskohorten 50 bis 70 Jahre haben gezeigt, dass sich das Altersübergangsverhalten, d. h. der Übergang vom Ende der Erwerbstätigkeit bis zum Eintritt in eine Rente einschließlich eventueller Zwischenstadien zwischen 1996 und 2003 deutlich verändert hat.

Paradigmenwechsel bei „Vorruhestand“ und Frührenten

Seit mehr als 20 Jahren gibt es in Deutschland einen Trend zum frühen Ausstieg aus der Erwerbstätigkeit, der verbunden ist mit einem durchschnittlichen Rentenzugang, der weit unterhalb der Regelaltersgrenze von 65 Jahren liegt. Vorzeitig nutzbare Altersrenten für Arbeitslose, Frauen und Schwerbehinderte wurden zur mehrheitlich genutzten Form des Rentenzugangs. Die durch Vorruhestand und Frühverrentung verursachte immense Belastung der sozialen Sicherungssysteme sowie die Alterung der Gesellschaft drängen dazu, diese Entwicklung aufzuhalten und umzukehren. Deshalb hat der Gesetzgeber die Altersgrenzen für die vorgezogenen Altersrenten für nachwachsende Geburtsjahrgänge schrittweise angehoben und Rentenabschläge für deren vorzeitige Inanspruchnahme eingeführt. Zudem sollen die vorgezogenen Altersrenten wegen Arbeitslosigkeit oder nach Altersteilzeitarbeit und die Frauenaltersrente Ende 2011 auslaufen.

Parallel zu den seit 1992 einsetzenden Rentenreformen wurde 1998 die Altersstaffel für verlängerte Bezugszeiten des Arbeitslosengeldes heraufgesetzt und die Ausnahme von ratiellen Sozialplanleistungen bei der Bedürftigkeitsprüfung für die Arbeitslosenhilfe aufgehoben. Dadurch wurden die bisherigen Muster des „Vorruhestandes“ für Betriebe deutlich teurer oder für Beschäftigte erheblich ungünstiger.

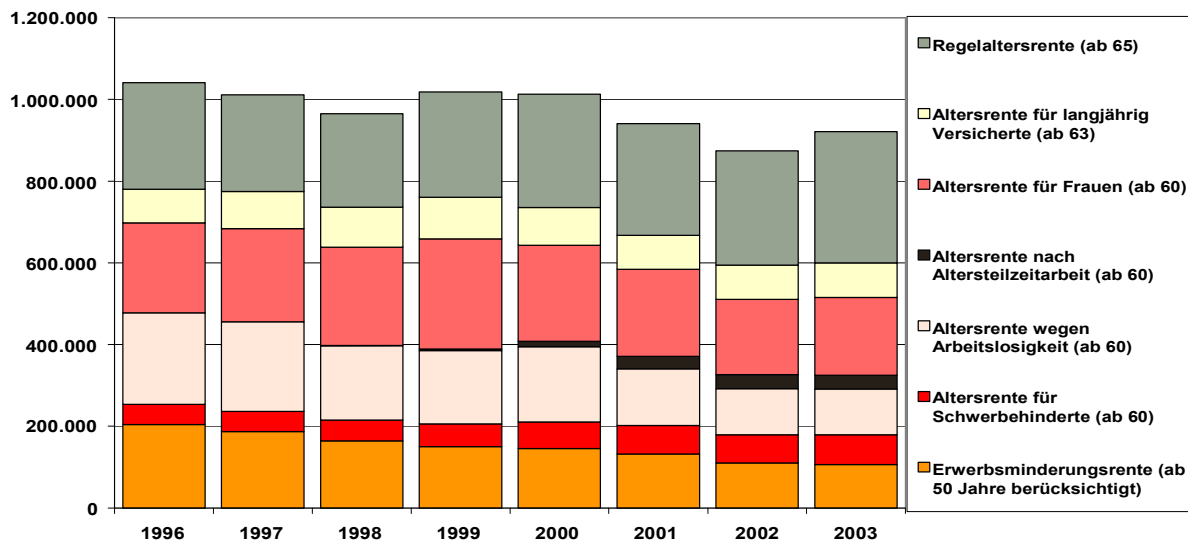
Angesichts der veränderten institutionellen Rahmenbedingungen stellen sich im Hinblick auf das Übergangsverhalten von Beschäftigten die Fragen, ob

- Eintritte in Altersrenten nunmehr später erfolgen,
- Erwerbstätigkeit bis zu einem höheren Lebensalter ausgeweitet und/oder
- auf andere Überbrückungsformen zwischen Erwerbstätigkeit und Rente ausgewichen wird?

Verändertes Rentenzugangsverhalten

Wie Abbildung 1 zeigt, sind die jährlichen Zugänge in Versichertenrenten in Deutschland seit 2001 rückläufig. Dabei nehmen die Zugänge in Regelaltersrente nach 1998 deutlich zu, und sie scheinen die meisten anderen Rentenarten entsprechend zurückzudrängen. Zuwächse sind lediglich bei der erst seit Ende der 90er Jahre in das Rentensystem hineinwachsenden Rente nach Altersteilzeitarbeit sowie der Altersrente für Schwerbehinderte zu verzeichnen.

Abbildung 1: Zugänge von 50- bis 69-Jährigen in Versichertenrenten nach Rentenarten in Deutschland



Quelle: VDR-Rentenzugangsstistik; eigene Berechnungen

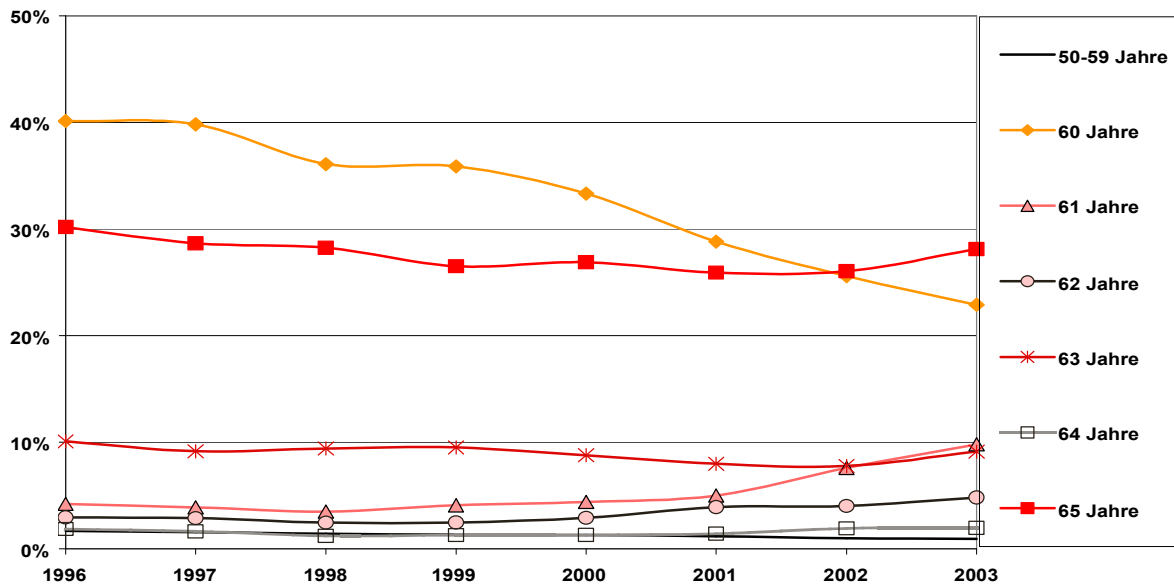
© IAT 2004

Da Veränderungen im Zeitverlauf auf demographische Effekte, d. h. auf eine relativ starke oder geringe Besetzung von Altersgruppen in verschiedenen Kalenderjahren beruhen können, haben wir altersspezifische Rentenzugangsquotienten berechnet. Diese drücken aus, welcher Anteil der Bevölkerung, die im Jahre x das Lebensjahr y vollendeten, in diesem Alter und Kalenderjahr in eine Versichertenrente zuzugingen. Der in Abbildung 2 dargestellte Verlauf der Zugangsquotienten entpuppt den zuvor bis 2001 beobachteten absoluten bzw. relativen Zuwachs bei der Regelaltersrente (siehe oben) als demographische Täuschung: Es handelt sich bis zu diesem Zeitpunkt nur um die „Nachhut“ starker Geburtskohorten. Unter demographischer Kontrolle steigt der Rentenzugangsquotient für das Zugangsalter 65 nach einem schwachen Anstieg im Jahr 2002 erst in 2003 deutlich an.

Die stärkste Veränderung im demographisch gewichteten Zugangsverhalten zeigt sich jedoch beim Rentenzugang mit 60. Während 1996 und 1997 noch rund 40% der Personen, die im Laufe des jeweiligen Kalenderjahres das 60. Lebensjahr vollendet haben, in eine Versichertenrente neu zugegangen sind, sinkt ihr Anteil bis 2003 auf 23%. Parallel zu den seit 1997 wirksamen und linear zur schrittweisen Erhöhung der Altersgrenzen steigenden Rentenabschlägen sind in den höheren Alterskategorien dagegen die Rentenzugangsquotienten jeweils Zeit versetzt gestiegen.

Dass Versicherte auf die gleitende Heraufsetzung der Altersgrenzen reagieren, zeigt auch der zwischen 1996 und 2003 zu verzeichnende deutliche Anstieg des durchschnittlichen Rentenzugangsalters von Versicherten zwischen 50 und 69 Jahren um ein Jahr auf 61,9 Jahre – bzw. beim Zugang ab 60 in ausschließlich Altersrenten auf 62,8 Jahre.

Abbildung 2: Anteil der Zugänge in Versichertenrenten an der Bevölkerung nach Alter in Deutschland



Quelle: VDR-Rentenzugangsstatisik; Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen

© IAT 2004

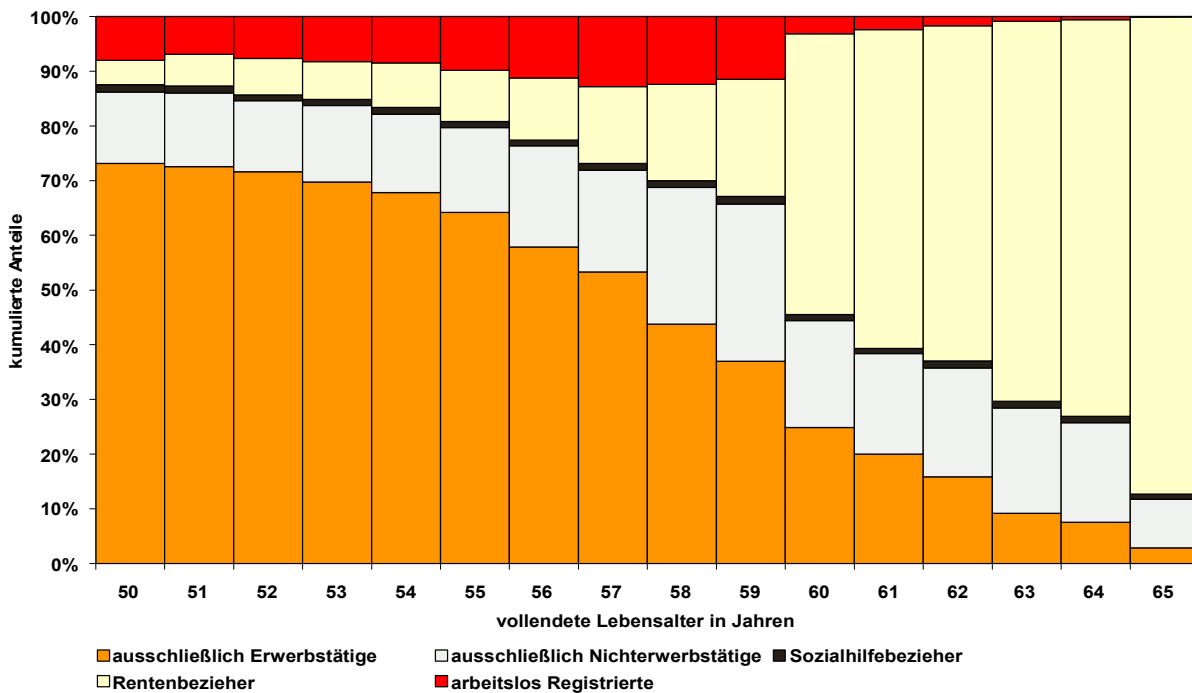
Auch unsere nach Rentenarten, Geschlecht und Region differenzierteren Analysen zum Rentenzugangsverhalten bestätigen diesen Befund (Büttner 2004 und 2005a): Um Rentenabschläge zu vermeiden oder zumindest zu minimieren, haben sich zwischen 1996 und 2003 Eintritte in vorgezogene Altersrenten vom frühestmöglichen Lebensjahr der Inanspruchnahme zunehmend auf spätere Lebensjahre verschoben. Dieser Befund gilt insbesondere für Männer. Frauen hingegen verlagerten ihren Renteneintritt zumeist nur auf das 61. Lebensjahr. Hier wirken sich zum einen Ausweichreaktionen von Frauen auf die Frauenaltersrente aus, weil hier Abschläge später greifen als bei der Rente wegen Arbeitslosigkeit. Zudem hat die Koordination von Ruhestandsentscheidungen im Haushaltskontext vermutlich einen eigenständigen Effekt. Die Regelaltersrente mit 65 wird insbesondere von westdeutschen Frauen mit zumeist diskontinuierlich verlaufenden Erwerbsbiographien in Anspruch genommen. Der Zugang in die Regelaltersrente spielt dagegen in den neuen Bundesländern nur eine relativ geringe Rolle: aufgrund der höheren Erwerbsbeteiligung von Frauen sowie der anhaltenden ungünstigen Arbeitsmarktlage dominieren hier auch weiterhin die Altersrente wegen Arbeitslosigkeit und die Frauenaltersrente.

Veränderte Erwerbsmuster beim Altersübergang

Anhand des Mikrozensus konnten wir sämtliche Statusformen abbilden, die zwischen Erwerbsaustritt und Renteneintritt durchlaufen werden können.¹ Der Vergleich der Erwerbsmuster von Älteren von 1996 und 2003 zeigt, dass die Erwerbstätigkeit Älterer einem ähnlichen Trend folgt wie der Rentenzugang: Die Erwerbstätigenquote hat zwischen 1996 und 2003 in allen Altersgruppen zugenommen, relativ stark zwischen dem 56. und 62. Lebensjahr, während die Anteile der Rentenbezieher sowie der Nichterwerbstätigen gesunken sind.

¹ In der Realität gibt es jedoch Überschneidungen von einzelnen Statusformen, z. B. kann ein Arbeitsloser zugleich geringfügig erwerbstätig gewesen sein und Hilfen zum Lebensunterhalt beziehen. Um jede Person ausschließlich einer Statuskategorie zuordnen zu können, haben wir sehr enge Definitionen vorgenommen, die insofern nicht deckungsgleich sind mit ansonsten üblichen Definitionen zum Sozialstatus. Zudem wurde eine Rangfolge der einzelnen Statuskategorien vorgenommen (vgl. Büttner 2005b).

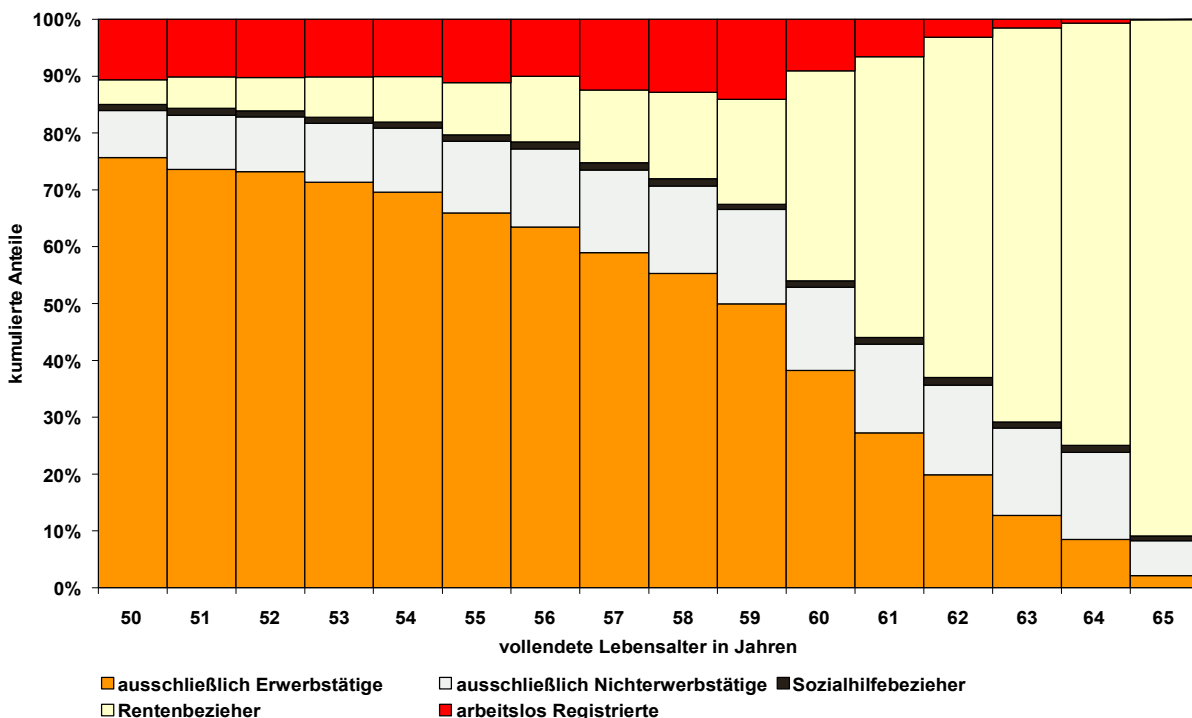
Abbildung 3: Erwerbsstatus von Älteren zwischen 50 und 65 Jahren (1996)



Quelle: Mikrozensus; eigene Berechnungen (gewichtet)

© IAT 2005

Abbildung 4: Erwerbsstatus von Älteren zwischen 50 und 65 Jahren (2003)



Quelle: Mikrozensus; eigene Berechnungen (gewichtet)

© IAT 2005

Weitere Untersuchungen haben gezeigt, dass die höhere Erwerbsbeteiligung im Alter maßgeblich auf die gestiegene Erwerbsbeteiligung von Frauen, insbesondere auf die zunehmende geringfügige Beschäftigung von Frauen zurückzuführen ist. Die seit 2003 rasant wachsende Anzahl an „Minijobs“ (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2004) ist aus rentenpolitischer Sicht alarmierend, da sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zunehmend substituiert wird und damit Einnahmeausfälle in den Sozialversicherungssystemen verursacht werden. Ebenso alarmierend ist der seit 2001 zu beobachtende Rückgang der Erwerbsquote der 50- bis 54-

jährigen Männer bei einer gleichzeitigen relativ starken Zunahme der Arbeitslosigkeit, zumal die „jungen Alten“ künftig nicht mehr wegen Arbeitslosigkeit vorzeitig und „sozialverträglich“ aus dem Erwerbsleben ausscheiden können.

In den neuen Bundesländern liegen die Erwerbstätigkeitsquoten von Älteren – trotz der auch hier zu verzeichnender Zuwächse – noch deutlich unter dem Westniveau. Komplementär dazu sind die Anteile an Rentenbeziehern und Arbeitslosen hier weitaus höher als in Westdeutschland. Diese Befunde spiegeln die massive Ausgliederung von Älteren aus dem ostdeutschen Arbeitsmarkt über Arbeitslosigkeit und Frühverrentung wider. Aus diesem Grunde ist auch die Erwerbsbeteiligung von älteren Frauen in Westdeutschland inzwischen ebenso hoch wie in Ostdeutschland – bzw. ab dem 60. Lebensjahr sogar höher.

Brücken des Altersübergangs

Im Rahmen des Altersübergangs-Monitorings konnte zudem gezeigt werden, dass das Ende der Erwerbstätigkeit größtenteils nicht mit dem Renteneintritt zusammenfällt: Nur etwa ein Drittel der Altersrentner geht unmittelbar aus sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung in Rente zu. Unterschiedliche Zwischenformen des Altersübergangs, insbesondere Altersteilzeitarbeit sowie der „Leistungsbezug unter erleichterten Voraussetzungen“ nach § 428 SGB III, gewinnen dagegen an Bedeutung: Mehr als 70% aller Bezieher von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe ab 58 Jahren haben im Jahre 2003 Lohnersatzleistungen nach § 428 SGB III ohne eine Verpflichtung zur Beschäftigungssuche bezogen und sind damit aus der Arbeitslosenstatistik heraus gefallen. Die seit 2002 zudem relativ stark ansteigenden Bestände von Arbeitslosen im Alter von 50 bis unter 58 Jahren sind ein weiteres Alarmzeichen dafür, dass die „Brücke des Altersübergangs“ wieder länger und stärker frequentiert wird.

Als Alternative zum „Vorruhestand“ über den Bezug von SGB III-Leistungen wurde 1996 die Altersteilzeitarbeit eingeführt, die ebenso wie der erleichterte Leistungsbezug in der Regel unmittelbar in den Ruhestand führt. Durch dieses Instrument wird zwar Altersarbeitslosigkeit transformiert in eine abschließende Freistellungsphase eines sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisses, aber das verlängert wegen des überwiegend praktizierten „Blockmodells“ nicht notwendigerweise die produktive Lebensphase und schiebt einen frühzeitigen Renteneintritt nicht zwangsläufig hinaus. Vielmehr verschiebt diese Überbrückungsform lediglich das Ausscheiden aus dem Erwerbsleben in der Beschäftigtenstatistik nach hinten. Insofern verschleiert auch der Rentenzugang aus Altersteilzeitarbeit den Blick auf das reale Übergangsgeschehen.

Einfluss der Qualifikation auf den Altersübergang

Ein weiteres Ergebnis unserer Untersuchungen ist, dass Erwerbsbeteiligung und Arbeitslosigkeit im Alter sowie das Verrentungsgeschehen maßgeblich durch die erworbene Qualifikation beeinflusst werden: Gering Qualifizierte weisen die niedrigsten Erwerbsquoten auf (siehe Tabelle 1) und sind vor dem 60. Lebensjahr weitaus häufiger von Arbeitslosigkeit und Erwerbsunfähigkeit betroffen als Ältere mit mittlerer und höherer Qualifikation. Ihre grundsätzliche Benachteiligung spiegelt sich zudem im relativ hohen und ab dem 55. Lebensjahr im Zeitverlauf zunehmenden Anteil an Sozialhilfebeziehern wider.

Tabelle 1: Erwerbstätigkeitsquoten von Älteren nach Qualifikationsniveau und Alterskategorien in Deutschland (2003)

Höchster Berufsabschluss	50 bis unter 55 Jahre	55 bis unter 60 Jahre	60 bis unter 65 Jahre
ohne Berufsabschluss	54,8 %	42,9 %	12,6 %
Lehrausbildung	72,5 %	56,8 %	16,9 %
Meister / Techniker	84,5 %	73,0 %	29,0 %
Fachhochschule / Hochschule	87,8 %	78,9 %	48,1 %

Quelle: Mikrozensus; eigene Berechnungen (gewichtet)

© IAT 2005

Gering Qualifizierte treten in der Regel eher ins Berufsleben ein, arbeiten häufig in gesundheitlich belastenden Tätigkeitsfeldern mit zumeist begrenzten Tätigkeitsdauern und geringer Entlohnung und scheiden aufgrund gesundheitlicher Probleme im Durchschnitt früher aus dem Erwerbsleben aus. Insofern ist nicht nur ihre Lebenserwartung, sondern auch ihr Alterseinkommen vergleichsweise gering.

FAZIT

Um den mit dem Qualifikationsstatus verbundenen Ungleichheitsstrukturen auf dem Arbeitsmarkt begegnen zu können, wäre nicht nur eine flexiblere, an der Lebensarbeitszeit orientierte Öffnung von Altersgrenzen, sondern auch eine vorzeitige Austrittsoption für „verbrauchte“ Menschen erforderlich, die ihnen eine finanziell abgesicherte Ruhestandsphase ermöglicht. Um die vom Europäischen Rat für die 55- bis 64-Jährigen bis 2010 anvisierte Beschäftigungsquote von mindestens 50 Prozent realisieren zu können, müsste zudem die Beschäftigungsfähigkeit nicht nur, aber insbesondere die von gering Qualifizierten durch geförderte Weiterbildungsangebote und durch verbesserte, altersgerechtere Arbeitsbedingungen erhöht werden. Durch gezielte personal-, gesundheits- und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen könnte das eigene Arbeitsvermögen nicht nur länger, sondern – als Voraussetzung dazu – im Verlauf der Erwerbsbiographie auch schonender genutzt werden.

Altersarbeitslosigkeit hat wieder deutlich zugenommen, und zwar in allen Alterskategorien. Die anwachsende Gruppe der „jungen alten“ Arbeitslosen wird jedoch künftig nicht mehr auf bisherige, in den kommenden Jahren auslaufende Regelungen zurückgreifen können, die einen vorzeitigen Erwerbsaustritt „sozialverträglich“ flankieren würden. Vor diesem Hintergrund und angesichts der nach wie vor bestehenden schlechten Wiedereingliederungschancen von Älteren auf dem Arbeitsmarkt würde eine weitere Heraufsetzung der regulären Altersgrenze lediglich zu einer Verlängerung der Überbrückungsphase zwischen Erwerbstätigkeit und Renteneintritt durch längere Arbeitslosigkeitsdauern führen, wenn es nicht gelingt, die vollwertige Beschäftigung von Älteren zu erhöhen.

Angesichts der bislang schon erfolgten faktischen und erheblichen Absenkung des Renteniveaus durch Änderungen an der Rentenformel, mehrfache Nullrunden, veränderte Anrechnungszeiten, Abschlagsregelungen bei vorzeitigem Renteneintritt, nachgelagerte Besteuerung und Entrichtung des vollständigen Versicherungsbeitrages in die Pflegeversicherung als Folge von anhaltenden Einnahmelücken in der gesetzlichen Rentenversicherung lassen unsere Befunde befürchten, dass das schon gebannt geglaubte Gespenst der Altersarmut zukünftig wieder zu einer ernst zu nehmenden Bedrohung wird, zumal eine zusätzliche private Altersvorsorge nur denjenigen gelingen kann, die durch das gesetzliche Rentensystem ohnehin abgesichert sind.

Um die anhaltenden arbeitsmarkt- und rentenpolitischen Probleme lösen zu können, müssten sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse ausgeweitet und zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden, was allerdings wirtschaftliches Wachstum bzw. eine Stärkung der Binnennachfrage voraussetzt. Allein um die Beschäftigungsquote der 55 bis 64-Jährigen bis 2010 auf mindestens 50 Prozent zu erhöhen, müssten nach den von Bosch und Schief auf der Grundlage der Europäischen Arbeitskräftestichprobe von 2004 durchgeführten Berechnungen in Deutschland derzeit rund 800.000 Ältere mehr beschäftigt werden (Bosch/Schief 2005).

Literatur

- Bosch, Gerhard/ Schief, Sebastian (2005):** Politik für ältere Beschäftigte oder Politik für alle? Zur Teilnahme älterer Personen am Erwerbsleben in Europa. IAT-Report 2005-04.
<http://iat-info.iatge.de>
- Büttner, Renate/ Knuth, Matthias (2004):** Spätere Zugänge in Frührenten – Regelaltersrente auf dem Vormarsch. Altersübergangs-Report 2004-01.
<http://iat-info.iatge.de/index.html?auem-report/index.html>
- Büttner, Renate (2005a):** Die Wirkungsweise der Rentenreformen auf den Altersübergang – Rentenabschläge führen zu späteren Renteneintritte und zu Ausweichreaktionen zwischen den Rentenarten. Altersübergangs-Report 2005-01.
<http://iat-info.iatge.de/index.html?auem-report/index.html>
- Büttner, Renate/ Knuth, Matthias/ Wojtkowski, Sascha (2005):** Die Kluft zwischen Erwerbsaustritt und Renteneintritt wird wieder größer – Leistungsbezug „unter erleichterten Voraussetzungen“ und Altersteilzeitarbeit spielen beim Altersübergang eine zunehmende Bedeutung. Altersübergangs-Report 2005-03.
<http://iat-info.iatge.de/index.html?auem-report/index.html>
- Büttner, Renate (2005b):** Zunehmende Erwerbsbeteiligung von Älteren – Rentenabschläge führen zu einer höheren Erwerbsbeteiligung im Alter – Teilzeitarbeit und geringfügige Beschäftigung haben zunehmende Bedeutung beim Altersübergang. Altersübergangs-Report 2005-04.
<http://iat-info.iatge.de/index.html?auem-report/index.html>
- Büttner, Renate (2005c):** Höhere Erwerbsbeteiligung in Westdeutschland – Mehr Arbeitslosigkeit und Frühverrentungen in Ostdeutschland. Regionale und sozioökonomische Merkmale strukturieren den Altersübergang. Altersübergangs-Report 2005-05.
<http://iat-info.iatge.de/index.html?auem-report/index.html>
- Bundesagentur für Arbeit (2004):** Mini- und Midijobs in Deutschland, Sonderbericht: Dezember 2004.

<http://doku.iab.de/externe/2004/k041215f09.pdf>